

Mangel an Logopädinnen und Logopäden

In den Kantonen Basel-Land, Basel-Stadt und Aargau wurden zum Thema Logopädie politische Vorstösse und Anfragen eingereicht. Gründe dafür sind, dass zukünftig ein erheblicher Anteil der Logopädie-Pensen im Regelschulbereich nicht besetzt werden können. Dies aufgrund der Ausbildungssituation, der anstehenden Pensionierungen und dem generellen Mangel an Fachpersonen im Bereich.

Das zu erwartende Fehlen von Logopädinnen und Logopäden würde die Belastung für die noch zur Verfügung stehenden Fachkräfte erhöhen. Dies könnte zu einer verhängnisvollen Negativspirale führen, indem sich wiederum die überbelasteten Logopädie-Lehrkräfte nach anderen, attraktiveren Stellen umsehen. Eine weitere Folge ist, dass Kliniken vermehrt Anfragen von Eltern von Regelschulkindern nach teuren Therapieplätzen erhalten.

Die Politikerinnen und Politiker wollten deshalb von den zuständigen Regierungen wissen, wie viele Logopädie-Stellen in den jeweiligen Kantonen im Regelschul-, Sonderschul-, und Frühbereich aktuell nicht besetzt sind und wie sich die Besetzung der Stellen in den letzten fünf Jahren entwickelt hat. Auch welche Gründe der Regierungsrat für den akuten und bevorstehenden Mangel an LogopädInnen sieht etc.

Das Erziehungsdepartement Basel-Stadt beantwortete die Fragen wie folgt: in Basel seien 190 Stellenprozente nicht besetzt. Davon würden 80 Prozent per 1. Januar 2020 besetzt. Weiter wurde begründet, dass es in Basel keinen wirklichen Mangel gibt, sondern das Angebot der Logopädie kontinuierlich ausgebaut worden sei. Das Erziehungsdepartement stünde in engem Kontakt mit den Schulleitungen. Bei der Ausbildung werde eine Warteliste geführt, aber es müssten keine Bewerberinnen und Bewerber abgewiesen werden.

Aus dem Kanton Aargau tönt es ganz anders. Dort waren es zum Schuljahresbeginn 21 ausgeschriebene Stellen im Sprachheilwesen. Im Vergleich zum Vorjahr, als es gerade mal acht Stellen waren. Zudem findet der Kanton Aargau die Wartelisten nicht ideal, denn das Führen einer Warteliste könne dazu führen, dass sich Studierende zwischenzeitlich anders orientieren. Konkret würden sich Kandidierende an mehreren Hochschulen einschreiben, weil sie an der PH FHNW erst spät eine definitive Zusage erhalten. Dies erschwere wiederum eine optimale Ausnutzung der Kapazitäten.

Im Kanton Basel-Land hat unser vpod-Mitglied Miriam Locher die Interpellation eingereicht. Dort sind die Antworten noch ausstehend. ■

Kerstin Wenk, VPOD-Regionalsekretärin Basel



Lehrmittelstreit gehört nicht in die Politik

Im Kanton Basel-Land kam es im November 2019 zur Abstimmung über die Volksinitiative «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt». Die nichtformulierte Initiative verlangte einen Ausstieg aus dem Projekt Passepartout sowie ein Verbot der Passepartout-Lehrmittel Mille feuilles, Clin d'oeil und New World. Zudem sollte der Unterricht, so die Initiative, systematisch aufgebaut werden.

Aus diesem Grund erarbeitete die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion Basel-Land einen Umsetzungsvorschlag, der vom Landrat angenommen wurde. Dabei sollen neu die Sprachenlehrpläne gesetzlich verankert werden und das Lesen, Schreiben, Hören und Sprechen gleichmässig gefördert werden. Ausserdem soll der schrittweise Aufbau von Grammatik, Wortschatz und Orthographie festgeschrieben werden. Zudem soll für alle Fächer die «geleitete» Lehrmittelfreiheit gelten. Das soll jeder Lehrperson ermöglichen, ein zu ihrem Unterricht passendes Lehrmittel aus der kantonalen geprüften Lehrmittelliste auszuwählen. Ein Ausstieg aus dem Passepartout-Projekt musste hingegen nicht mehr beschlossen werden, denn das Projekt wurde im Sommer 2018 beendet. Die Initiative wurde daraufhin zurückgezogen und der Landratsbeschluss wurde von der Stimmbevölkerung Basel-Land an der Urne im November bestätigt.

Auf Grund der sogenannt «geleiteten» Lehrmittelfreiheit in Basel-Land wächst nun auch der Widerstand in Basel-Stadt. Die Kritik richtet sich aber in erster Linie gegen das Lehrmittel Mille feuilles. Die Kritik ist nicht neu, es gab bereits verschiedene politische Vorstösse zu diesem. Aus diesem Grund fand auch eine Umfrage der Kantonalen Schulkonferenz KSBS im Jahr 2017 statt. Diese ergab, dass zwei Drittel der Lehrpersonen gerne mit den obligatorischen Lehrmitteln unterrichten, 81 Prozent der Lehrpersonen die Lehrmittel wie vorgesehen verwenden und über vier Fünftel der Befragten in ihrem Unterricht keine anderen Lehrmittel als Ergänzung verwenden.

Kritische Rückmeldungen galten vor allem der unübersichtlichen Struktur des Lehrmittels sowie auch der Fülle der Themen, welche die Lehrpersonen unter zeitlichen Druck setzen. Zudem stellt die KSBS fest, dass die Überarbeitung des Französisch-Lehrmittels einem Bedürfnis entsprechen würde.

Es kann also festgehalten werden, dass eine Unzufriedenheit mit dem Lehrmittel Mille feuilles vorhanden ist, dass aber weder die grosse Mehrheit der Lehrpersonen noch die Politik der Meinung sind, dass Lehrmittel zum politischen Spielball werden sollen.

So hoffen wir, dass eine Verbesserung des Französisch-Lehrmittels schnellstmöglich in Angriff genommen wird, damit in Basel-Stadt keine Bildungsinitiativoffensive gestartet wird.

Die Basellandschaftliche Zeitung berichtet zudem anfangs Januar, dass es gemäss ihren Recherchen trotz Abstimmung auch in Baselland erst einmal noch keine Alternative zum Lehrmittel Mille feuilles für die 3. und 4. Primar geben wird. Die Lehrpersonen werden erst ab der 5. Primar die Wahl haben. ■

Kerstin Wenk, VPOD-Regionalsekretärin Basel



RECLAIM DEMOCRACY KONGRESS 27. - 29. FEBRUAR 2020 ROTE FABRIK · ZÜRICH

Reclaim Democracy – Reclaim the Future

Vom 27. bis am 29. Februar 2020 findet in der Roten Fabrik in Zürich der zweite Reclaim-Democracy-Kongress statt. Der Kongress wird vom Denknetz Schweiz in Kooperation mit 47 Partnerorganisationen ausgerichtet. An fünf Plenarveranstaltungen und an über 50 Ateliers werden rund 2000 Teilnehmende erwartet. Der vergünstigte Dreitagespass ist im Vorverkauf zu 100.– / 80.– / 40.– SFr. erhältlich auf www.reclaim-democracy.org.

Der erste Reclaim-Democracy-Kongress 2017 in Basel war ein voller Erfolg. 1800 Personen hatten an dem vom Denknetz in Kooperation mit 24 Partnern organisierten Anlass teilgenommen. In Zürich sind es nun 47 Organisationen, die den 2. Kongress mittragen, darunter vier universitäre Institute, viele Umwelt-Organisationen wie Greenpeace, die Klimaallianz oder der VCS, drei Gewerkschaften (Unia, Syndicom, VPOD), Bewegungen wie die Migrationscharta oder Collective Climate Justice, Zeitschriften wie Neue Wege oder Widerspruch und eine grosse Vielfalt an NGO wie die Grossmutterrevolution, die digitale Gesellschaft oder Solidarité sans Frontières.

Für die thematische Schwerpunktsetzung und die Plenarveranstaltungen zeichnet die Programmgruppe verantwortlich, in der Leute aus unterschiedlichen Organisatio-

nen und Bewegungen mitwirken. In einer Deklaration erklärt sie ihre Themenwahl und schreibt: «Die Generation Klimastreik trifft auf eine Welt, die in die Abgründe von Klimakatastrophen taumelt, weil sie nicht in der Lage ist, für existenzielle Probleme angemessene Lösungen zu finden.» Bewegungen wie die Klimabewegung und die neue feministische Bewegung würden deshalb nicht mehr nur konkrete Forderungen stellen, sondern zu Recht auch für einen System Change eintreten.

Die Frage nach einem solchen System Change wird von der Programmgruppe denn auch ins Zentrum des Kongresses gestellt. Sie soll schwerpunktmässig aus Sicht der Klimafrage, aus Sicht der Digitalisierung und im Hinblick auf die Stärkung einer kritischen Öffentlichkeit beleuchtet werden. Dabei geht es immer auch darum, wie Demo-

kratie weiter entwickelt werden kann, damit der erforderliche System Change realistisch wird. Das bedeutet unter anderem, sie auch auf Wirtschaftsbelange auszuweiten.

Zu den Referent*innen und Diskutant*innen am Kongress gehören unter anderem Naomi Klein (per Video), Melinda Nadj Abondji, Orhan Akman, Susan Boos, Slave Cubela, Silke van Dyk, Mark Eisenegger, Daniel Lampart, Tetet Lauron, Tazio Müller, Oliver Nachtwey, Katharina Nocun, Niko Päch, Ina Praetorius, Katharina Prelicz-Huber, Beat Ringger, Sarah Schilliger, Ivonne Yanez, Stephanie Vonarburg, Cédric Wermuth, Christa Wichterich und Markus Wissen.

Die genauen Informationen zum Programm finden sich auf der Webseite www.reclaim-democracy.org, auf der auch die Dreitagespässe bestellt werden können. ■